

**Positionspapier  
zur  
geschlechtergerechten Sprache**



**CDU**

FRAKTION DES  
SÄCHSISCHEN LANDTAGES

### Ausgangslage

Die deutsche Sprache befindet sich in einem stetigen Wandel. Beeinflusst durch gesellschaftliche Veränderungen, generationenspezifische Kommunikation, wissenschaftliche, technische und globale Entwicklungen verändert sich unsere Sprache ständig. Sprache dient in erster Linie der Kommunikation, besonders im Bereich des öffentlichen Lebens. Insofern kommt der Sprache (nicht nur der deutschen) eine hohe Bedeutung zu. Sie muss les- und sprechbar, verständlich, grammatikalisch und orthographisch korrekt sein und sich durch Eindeutigkeit und Rechtssicherheit auszeichnen. Dieser Auffassung ist der Rat für deutsche Rechtschreibung, ein Gremium, das staatlich beauftragt ist, die „Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum zu bewahren und die Rechtschreibung auf der Grundlage des orthografischen Regelwerks im unerlässlichen Umfang weiterzuentwickeln“ (Zitat des Rates).

Dem Rat für deutsche Rechtschreibung gehören 41 Mitglieder aus sieben europäischen Ländern und Regionen an. Neben fachlich ausgewiesenen Wissenschaftlern sind im Rat Sprachpraktiker aus dem Verlagswesen, der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, aus dem pädagogischen sowie aus dem journalistischen und schriftstellerischen Bereich vertreten. Dies zeigt deutlich, welche Bedeutung unserer Sprache im gesamten deutschsprachigen Kommunikationsraum, bei der Rechtssetzung, der Bildung, der öffentlichen Verwaltung und nicht zuletzt auch im Bereich der öffentlichen Medien zukommt.

In seiner Sitzung am 26. März 2021 bekräftigte der Rat seine Auffassung, dass „allen Menschen mit geschlechtergerechter Sprache begegnet werden soll und sie sensibel angesprochen werden sollen. Dies ist allerdings eine gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Aufgabe, die nicht allein mit orthografischen Regeln und Änderungen der Rechtschreibung gelöst werden kann. Das Amtliche Regelwerk gilt für Schulen sowie für Verwaltung und Rechtspflege. Der Rat hat vor diesem Hintergrund die Aufnahme von Asterisk („Gender-Stern“), Unterstrich („Gender-Gap“), Doppelpunkt oder anderen verkürzten Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen im Wortinnern in das Amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung zu diesem Zeitpunkt nicht empfohlen.“ (Zitat des Rates).

Diese Empfehlung spiegelt das Stimmungsbild der deutschen Gesellschaft wider. Nach einer aktuellen repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest Dimap sprechen sich 65 Prozent der Bevölkerung gegen eine stärkere Berücksichtigung unterschiedlicher Geschlechter in der deutschen Sprache aus.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. hierzu <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/grosse-mehrheit-laut-umfrage-gegen-gendersprache-17355174.html> (zuletzt abgerufen am 27.05.2021).

Die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages schließt sich der Empfehlung des Rates für deutsche Rechtschreibung vollinhaltlich an und beschließt folgende Positionierung:

1. Die deutsche Sprache muss in allen Bereichen der öffentlichen Kommunikation einheitlich, rechtssicher, grammatikalisch und orthographisch eindeutig und unbeeinflusst von gesellschaftlichen Strömungen sein und sich auf der Grundlage des Grundgesetzes befinden. Dies schließt alle öffentlichen Bereiche, somit auch die öffentlich-rechtlichen Medien ein.
2. Besonders mit Blick auf eine verlässliche Rechtssetzung, adressatengenaue staatliche und kommunale Verwaltung und den Anspruch an eine unvoreingenommene öffentliche Berichterstattung ist das amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung als Grundlage einer öffentlichen Kommunikation anzuwenden.
3. Erfolgreiche Bildung und wissenschaftlicher Fortschritt basieren ebenfalls auf einem einheitlichen Sprachgebrauch. Dieser ist in allen Bildungseinrichtungen konsequent umzusetzen.
4. Öffentlich-rechtliche Medien, Verwaltungen, das deutsche Rechtssystem, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sollten auf der Grundlage der aktuellen - und aus unserer Sicht zeitgemäßen - Rechtschreibung und Grammatik kommunizieren und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Verlässlichkeit des deutschen Staates sicherstellen.
5. Eine Politik, welche Geschlechtersensibilität weniger als gesellschaftliche Aufgabe begreift, sondern als sprachliches Dogma vor sich herträgt, wirkt ausgrenzend – gerade für integrationswillige Migranten, aber auch für die rund sechs Millionen Erwachsenen in Deutschland, die nicht richtig schreiben und/oder lesen können. Wir wollen eine einheitliche, orthographisch und grammatikalisch korrekte, verständliche und eindeutige Sprache, um die Sprachförderung aller zu ermöglichen.
6. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist in vielen Lebensbereichen ein wichtiger Baustein für das Gelingen gesellschaftlicher Integration und oftmals notwendige Basisvoraussetzung für berufliche Qualifikation.
7. Mit der bestehenden Vielfalt und Klarheit ist es bereits auf der Grundlage des aktuellen Regelwerkes möglich, adressatengerecht, geschlechterspezifisch und im Einklang mit Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes öffentlich diskriminierungsfrei zu kommunizieren.



8. Darüberhinausgehende Änderungen in der öffentlichen Kommunikation, insbesondere verkürzte Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen wie beispielsweise „Gender-Stern“, „GenderGap“, „Binnen-I“ oder innerer Doppelpunkt und deren Übernahme in das amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung lehnen wir ab.
9. Für uns ist die deutsche Sprache wesentlicher Pfeiler unserer Demokratie und unabdingbarer Bestandteil unserer kulturellen Identität. Sie zu pflegen und zu erhalten, ist uns deshalb eine Verpflichtung.
10. Die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages sieht die Gleichberechtigung von Frauen und Männern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich eben nicht an der Verfremdung unserer deutschen Sprache orientiert, sondern in allen Lebensbereichen das Maß unseres politischen Handelns bildet.



**CDU**

FRAKTION DES  
SÄCHSISCHEN LANDTAGES

Redaktionsstand  
vom 19.07.2021

**CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages**

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon 0351 493-5555  
Telefax 0351 493-5440  
cdu-pressestelle@slt.sachsen.de



[cdu-fraktion-sachsen.de](http://cdu-fraktion-sachsen.de)



[@CDU\\_SLT](https://twitter.com/CDU_SLT)



[cdulandtagsfraktionsachsen](https://www.facebook.com/cdulandtagsfraktionsachsen)